



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Humanitäre Krise abwenden: In Not geratene Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ein Kontingent von Flüchtlingen, welche in Griechenland oder auf der Balkanroute festsitzen, aufzunehmen und sich für weitere solche Kontingente auf Bundesebene einzusetzen. Hierbei sollen besonders Flüchtlinge mit Kindern, besonders vulnerable Flüchtlingsgruppen und Flüchtlinge, die bereits enge Familienangehörige in Deutschland haben, berücksichtigt werden.
- Hilfsorganisationen, die Flüchtlingen in prekären Notlagen helfen, zu unterstützen.

Begründung:

Die menschliche Not der in Griechenland oder auf der Balkanroute festsitzenden Flüchtlinge erfordert schnelles Handeln. Wir können nicht länger zusehen, wie Flüchtlinge in Kälte und Schlamm auf einem Acker festsitzen. Unter den Flüchtlingen sind viele Kinder. 60 Prozent der in den letzten Monaten geflohenen Flüchtlinge sind Kinder und Frauen. Es drohen lebensgefährliche Epidemien und Krankheiten.

In der Erklärung der Europäischen Union vom 8. März 2016 wird die Rückführung von Flüchtlingen, die keines internationalen Schutzes bedürfen oder neu in der Europäischen Union angekommen sind gefordert; eine angemessene humanitäre Lösung der hier festsitzenden Flüchtlinge fehlt.

Es ist unrealistisch anzunehmen, dass die Türkei und Griechenland die Flüchtlingsprobleme für die gesamte Europäische Union auf angemessene humanitäre Weise lösen werden können. Deutlich mehr als die Hälfte der Flüchtlinge in der Türkei befinden sich schon jetzt nicht in Lagern, in denen sie angemessen versorgt werden können. Vielmehr leben diese Menschen in äußerst schwierigen und prekären Verhältnissen. Die Lösung der Flüchtlingsfrage kann nur eine internationale solidarische und gemeinsame Lösung unter Miteinbeziehung aller EU-Mitgliedstaaten sein. Im Vorgriff auf eine gemeinsame Lösung sollten sofort Kontingente von besonders vulnerablen Personen und Flüchtlingen mit Kleinkindern aufgenommen werden, um zu verhindern, dass diese humanitäre Katastrophe weiter eskaliert.